

Rekord bei Kindeswohlgefährdungen: Kinderschutz braucht starke Familien und mehr Zeit für Kinder

Weimar, 15. Juli 2026 Der erneute Höchststand bei den Gefährdungseinschätzungen zum Kindeswohl in Thüringen ist für den Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. ein alarmierendes Signal.

„Jede Kindeswohlgefährdung ist eine zu viel. Hinter jeder Zahl steht ein Kind, dem wir als Gesellschaft keine unbeschwerte Kindheit ermöglichen. Gleichzeitig stehen hinter diesen Zahlen Eltern, die unter den stetig steigenden Anforderungen an Familie, Beruf und Pflege an ihre Grenzen geraten“, erklärt Katrin Konrad, Geschäftsführerin des Verbandes kinderreicher Familien Thüringen e.V.

Für den Verband dürfen die aktuellen Zahlen nicht allein als Auftrag an Jugendämter und Hilfesysteme verstanden werden. Sie werfen grundsätzliche Fragen an Politik und Gesellschaft auf: Warum steigen die Gefährdungseinschätzungen seit Jahren, obwohl der Ausbau der frühkindlichen und außerhäuslichen Betreuung kontinuierlich vorangetrieben wird? Wo beginnt Vernachlässigung? Und weshalb verschlechtert sich die Situation vieler Familien trotz sogenannter familienpolitischer Maßnahmen?

Der Verband sieht einen wesentlichen Grund in der zunehmenden zeitlichen Überlastung von Familien. „Familienpolitik“ setzt immer stärker auf eine möglichst frühe und umfassende außerhäusliche Betreuung mit zwei vollzeiterwerbstätige Eltern. Die geplanten Änderungen beim Elterngeld könnten den Einstieg in die Betreuung bereits auf den zehnten Lebensmonat eines Kindes vorziehen, warnt der Verband.

Hinzu kommen die steuerpolitischen Pläne der Bundesregierung, die Einverdienerehen benachteiligen. Berechnungen des Finanzwissenschaftlers Frank Hechtner zeigen: Bei einem gemeinsamen Monatseinkommen von 6.000 Euro mit demselben Einkommen der Eheleute sind Entlastungen in Höhe von 296 Euro geplant. Bei Einverdienerehen hingegen lediglich um etwa 72 Euro. Beide Familien haben den selben finanziellen Spielraum. Bei der Einverdienerehe ein Ehepartner 100 Prozent Zeit für Kinder und Familie. Der Staat setzt damit finanzielle Anreize für ein bestimmtes Familienmodell und erschwert Eltern die freie Entscheidung über den eigenen Betreuungsumfang ihrer Kinder.

„Wo Familien aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen werden, ihre Erwerbs- und Betreuungsentscheidungen an staatlichen Vorgaben auszurichten, werden Familien geschwächt. Außerhäusliche Betreuung sind ergänzend zur Betreuung in Familien anzubieten. Sie sollten nicht allein aus finanzielle Notwendigkeit genutzt werden“, so Konrad.

„Wenn Kinder den überwiegenden Teil ihres Tages außerhalb der Familie verbringen sollen und gleichzeitig von Eltern erwartet wird, jederzeit präsent, verantwortlich und belastbar zu sein, entsteht ein Widerspruch, den Familien kaum auflösen können. Wer das

Kindeswohl stärken will, muss Eltern wieder mehr Zeit mit ihren Kindern ermöglichen, statt sie durch finanzielle Fehlanreize immer stärker in Erwerbsarbeit zu drängen.“

Der Verband fordert deshalb einen familienpolitischen Kurswechsel. Familien benötigen mehr gemeinsame Zeit, unmittelbar nach der Geburt eines Kindes, in den ersten Lebensjahren, während häufiger Krankheitsphasen sowie in den sensiblen Übergängen wie der Einschulung oder dem Wechsel auf eine weiterführende Schule.

„Eltern sind die wichtigsten und lebenslängsten Bezugspersonen ihrer Kinder. Das Wohl ihrer Kinder liegt ihnen am Herzen. Dass die große Mehrheit der Gefährdungsanzeigen auf Meldungen der Eltern selbst zurückgehen, zeigt, wie groß ihre Verantwortung und zugleich ihre Belastung ist. Viele Mütter und Väter suchen Hilfe, bevor Situationen eskalieren. Das verdient Unterstützung und keine zusätzliche Belastung.“

„Kinderschutz beginnt nicht erst, wenn das Jugendamt eingeschaltet wird. Kinderschutz beginnt mit einer Familienpolitik, die Eltern entlastet, ihre Erziehungsleistung anerkennt und ihnen den Freiraum gibt, für ihre Kinder da zu sein. Familien brauchen keine weiteren Belastungen – sie brauchen Vertrauen, Zeit und echte Entlastung.“

Positive Werte bedeuten eine jährliche Entlastung, negative Werte eine jährliche Mehrbelastung gegenüber 2026.

Monatliches Einkommen 1.Ehepartner	0 €	1.000 €	2.000 €	3.000 €	4.000 €	5.000 €	7.000 €	10.000 €
3.000 €	322 €	408 €	334 €	296 €	260 €	230 €	-469 €	-853 €
4.000 €	334 €	362 €	296 €	260 €	230 €	204 €	-525 €	-821 €
5.000 €	286 €	322 €	260 €	230 €	204 €	148 €	-511 €	-785 €
6.000 €	72 €	118 €	66 €	44 €	-12 €	-66 €	-647 €	-883 €
7.000 €	-441 €	-378 €	-417 €	-469 €	-525 €	-511 €	-1.045 €	-1.256 €
8.000 €	-457 €	-420 €	-483 €	-517 €	-505 €	-487 €	-993 €	-810 €
10.000 €	-973 €	-871 €	-881 €	-853 €	-821 €	-785 €	-1.256 €	-1.233 €

Tabelle: Jährliche Be- (negativ) oder Entlastung (positiv) im Jahr 2028 gegenüber 2026 bei Ehepaaren mit zwei Kindern (Splitting-Modell), nach monatlichem Einkommen beider Ehepartner.

Quelle: Frank Hechtner, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Pressekontakt:

Katrin Konrad

Geschäftsführerin

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.

Über den Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. Der Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V. (KRFT) vertritt ca. 30.000 kinderreiche Familien in Thüringen und setzt sich in Politik, Wirtschaft und Medien für ihre Interessen ein. Der Verband versteht sich als Netzwerk von Mehrkindfamilien, die sich untereinander unterstützen und die Öffentlichkeit für ihre Anliegen erreichen wollen. Der Verband ist konfessionell ungebunden und überparteilich.